

FEUERWEHRBEDARFSPLAN DER UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN — FORTSCHREIBUNG — — MANAGEMENTFASSUNG —





1	Zusammenfassung	2
2	Maßnahmenübersicht	13
3	Abkürzungen und Definitionen	19

**VORBEMERKUNGEN**

Das vorliegende Dokument stellt die Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans der Universitätsstadt Tübingen dar. Gemäß dem Feuerwehrgesetz (FwG) des Landes Baden-Württemberg sind die Gemeinden verpflichtet, eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen: „Jede Gemeinde hat auf ihre Kosten eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen, auszurüsten und zu unterhalten.“ [§ 3 Abs. 1 FwG]

Die Untersuchung stellt in transparenter Weise dar, welche Leistungsfähigkeit der Feuerwehr für die örtlichen Verhältnisse notwendig ist und wie diese in den folgenden Jahren gewährleistet werden kann. Der Feuerwehrbedarfsplan definiert in kommunaler Eigenverantwortung sowohl das Schutzziel als auch den zur Erreichung dieses Ziels erforderlichen Umfang der kommunalen Feuerwehr. Die LÜLF+ Sicherheitsberatung GmbH unterstützte und begleitete die Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans im Auftrag der Stadt Tübingen. Zur Bedarfsplanung wurde eine Projektgruppe, bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Feuerwehrführung und Vertretern der Einsatzabteilung, eingerichtet.

ECKPUNKTE ZUR STRUKTUR DER STADT

Das Stadtgebiet Tübingen umfasst eine Fläche von rund 108 km², auf der insgesamt rund 91.000 Einwohner leben. Die Stadt weist einen positiven Pendlersaldo von rund 19.000 Pendlern auf, wodurch die Tagbevölkerung höher liegt.

ÜBERSICHT ÜBER DIE FEUERWEHR

Die Feuerwehr der Stadt Tübingen ist eine Freiwillige Feuerwehr mit Hauptamtlichen Kräften und besteht aus 10 Einheiten. Im Jahr 2014 wurde die Einheit Bebenhausen aufgrund Personalmangels aufgelöst. Die Feuerwehr verfügt mit Stand 2021 über 325 Freiwillige Kräfte im aktiven Einsatzdienst.

Die Hauptamtlichen Kräfte sind am Standort Stadtmitte untergebracht und sorgen für eine (differenzierte) Funktionsbesetzung im Brandschutz und die Aufgabenerledigung im rückwärtigen Bereich (u.a. Werkstätten). Insgesamt sind derzeit (Stand 2023) 34,7 Stellen eingerichtet.

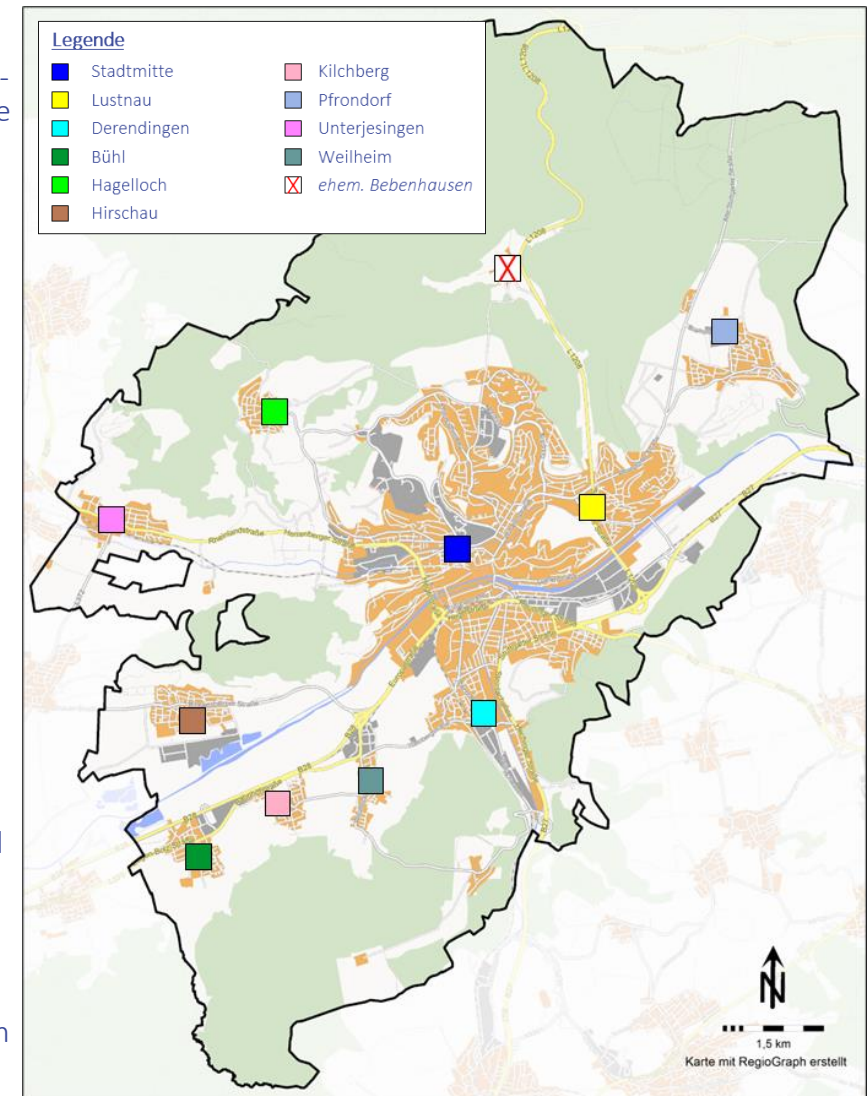


Abb.: Karte mit den Standorten der Feuerwehr Tübingen



Grundlage einer Bemessung der Feuerwehr im Hinblick auf die operativen Ressourcen bildet eine Bewertung der Risikostruktur im Stadtgebiet. Der ingenieurwissenschaftliche Risikobegriff definiert Risiko als das Produkt aus (möglichem) Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit. In der vorgenommenen Risikobewertung werden die möglichen Schadensausmaße durch die Klassifizierung der Wohnbebauung in Gefahrenklassen und durch die Darstellung der nicht durch die flächendeckende Planung abgedeckten besonderen Gefahren von Sonderobjekten abgebildet. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird georeferenziert anhand der tatsächlich eingetretenen Einsatzstellen des retrospektiven Betrachtungszeitraums analysiert. Eine differenzierte Betrachtung der Risikostrukturen ermöglicht eine angepasste Definition differenzierter Planungsgrundlagen anhand der unterschiedlichen örtlichen Verhältnisse.

Bei der Bewertung der Risikostrukturen werden folgende Parameter berücksichtigt:

GEFAHRENKLASSEN

Die Gefahrenklassen Brand werden vornehmlich anhand der Höhen der Gebäude abgegrenzt, da hiernach unterschiedliche Rettungsgeräte der Feuerwehr notwendig sind, und in Anlehnung an diverse Fachempfehlungen definiert. Als maßgebliches Kriterium ist hier die vorherrschende Wohnbebauung zu nennen. Unterschiedliche Strukturen in der Wohnbebauung ergeben unterschiedliche Anforderungen an die Feuerwehren bei Brandereignissen (Beispiel: mehrgeschossiges Wohngebäude im Kernstadtbereich im Vergleich zu einem Einfamilienhaus in einem peripheren, eher ländlich geprägten Gebiet).

BESONDERE OBJEKTE

Die Betrachtung von Objekten mit einer besonderen bedarfsplanerischen Bedeutung erfolgt vor dem Hintergrund der Würdigung von spezifischen Risiken, welche über die auf Basis der Wohnbebauung festzustellenden Risiken hinausgehen. Hierzu erfolgt im Rahmen der Risikoanalyse eine Auswahl exemplarischer Objekte, die eine erhöhte Anforderung an einen potenziellen Feuerwehreinsatz stellen.

EINSATZSTELLENVERTEILUNG

Als Maß für die Eintrittswahrscheinlichkeit wird die Verteilung der Einsatzstellen über das Stadtgebiet betrachtet. Es zeigen sich dabei Schwerpunkte der Einsatzstellenverteilung (Trauben) und Bereiche, in denen ein Einsatz für die Feuerwehr seltener vorkommt.



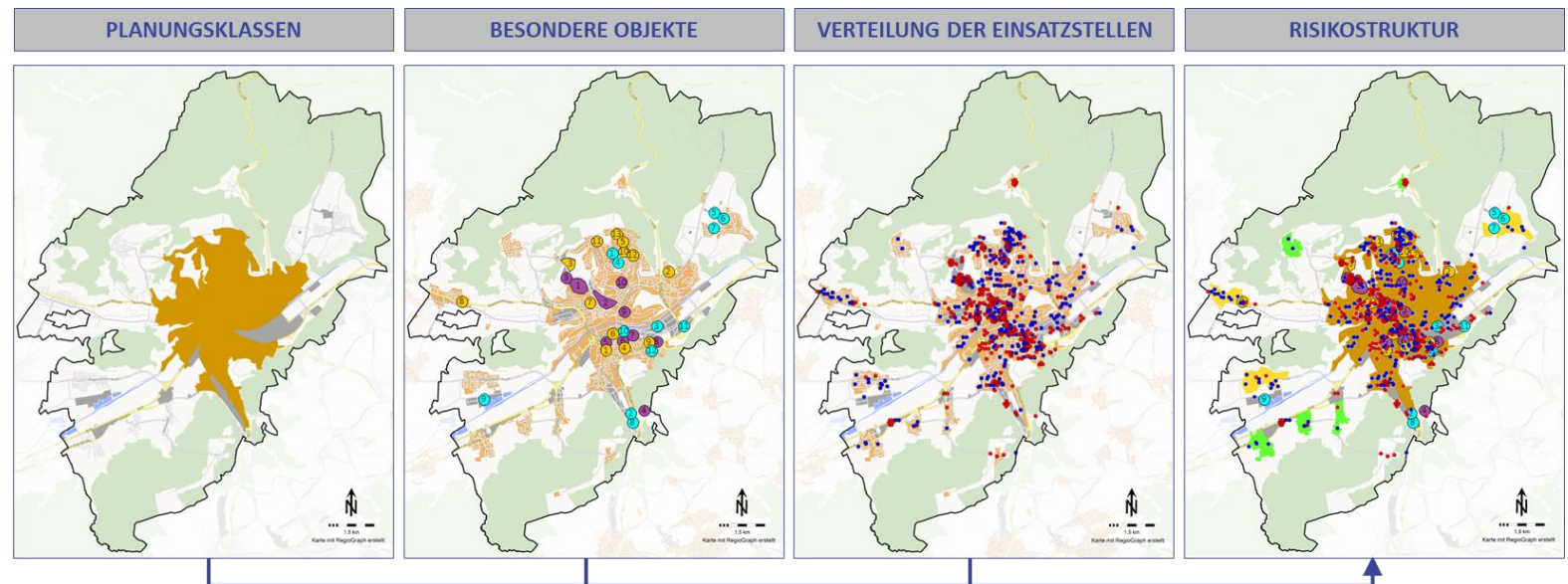
Die Analyse der Gebäude- und Siedlungsstrukturen zeigt im Kernbereich (Stadtmitte, Derendingen und Lustnau) eine relativ dichte und teils geschlossene Bebauung von Gebäuden mit mehr als 3 Vollgeschossen. In den außenliegenden Stadtteilen ist eine deutlich offenere Bebauungsstruktur, insbesondere mit freistehenden 2-3-geschossigen Ein-/Zweifamilienhäusern, vorzufinden. In einzelnen Stadtteilen ist aber auch eine größere Anzahl von Gebäuden mit 4 Vollgeschossen vorhanden.

Auch die Lage der Sonderobjekte spiegelt Unterschiede in der Gefahrenanalyse wider. Derartige Objekte sind vornehmlich im Kernstadtbereich vorzufinden. Besonders hervorzuheben sind hier die größeren Kliniken (Unikliniken und BG Unfallklinik).

In den vergangenen 10 Jahren hat bereits eine umfangreiche Innenentwicklung der Wohnbebauung stattgefunden, die auch weiterverfolgt werden soll. Darüber hinaus sind weitere für die Bedarfsplanung relevante städtebauliche Projekte in verschiedenen Stadtteilen geplant bzw. in Umsetzung. Seit der Erstellung des letzten Feuerwehrbedarfsplans (Datengrundlage 2007) hat bereits ein Bevölkerungszuwachs von rund 5.500 Einwohnern stattgefunden.

Die Einsatzentwicklung seit dem Jahr 2008 zeigt zunächst steigende Werte, ab dem Jahr 2014 sind die Gesamteinsatzzahlen aber leicht gesunken. In den Jahren 2021 und 2022 lagen sie hingegen wieder höher. Durch die geplante und teils in weiterer Umsetzung befindliche Stadtentwicklung sind weiter steigende Einsatzzahlen zu erwarten. In den Analysen zur geografischen Verteilung der Einsatzstellen verdeutlicht sich der differenzierte Befund der Gefahrenanalyse. Es ist eine deutliche Konzentration der Einsatzstellen auf den Kernbereich gegeben. In den äußeren Stadtteilen ist nur eine geringe Anzahl an Einsatzstellen festzustellen.

Zur Bewertung der Gesamtrisikostuktur wurden die Analysen zur geografischen Verteilung der Einsatzstellen, die Gefahrenklassen Brand hinsichtlich der Wohnbebauung und die Sonderobjekte zusammengeführt. Die Risikoanalyse zeigt insgesamt im Stadtgebiet ein differenziertes Risiko. Im Kernstadtbereich zeigen alle Risikoparameter eine erhöhte Ausprägung gegenüber den Außenbereichen.





Um die „den örtlichen Verhältnissen entsprechende“ Leistungsfähigkeit zu bestimmen, hat sich in der Feuerwehrbedarfsplanung die Verwendung von Planungszielen (umgangssprachlich auch: Schutzziele) etabliert. Das Planungsziel definiert ein standardisiertes Schadensereignis. Aus Art und Umfang des standardisierten Ereignisses lassen sich konkrete Anforderungen an die Feuerwehr ableiten, z. B. hinsichtlich der notwendigen Eintreffzeiten und des an der Einsatzstelle erforderlichen Personalbedarfs.

Der Gesetzgeber hat aus verschiedenen Gründen kein Planungsziel definiert. Zum einen handelt es sich beim Brandschutz um eine kommunale Aufgabe, demnach sind Planungsziele in kommunaler Eigenverantwortung festzulegen. Zum anderen zielt die Gesetzesnorm auf die örtlichen Verhältnisse ab, die zwischen den Kommunen – und häufig auch bereits innerhalb der Kommune – differieren.

Vor diesem Hintergrund haben sich in Deutschland diverse Empfehlungen für den kommunalen Brandschutz bzw. die Bedarfsplanung entwickelt. Es ist dabei zu beachten, dass in der aktuellen Forschung eine wissenschaftliche Ableitung „normierter“ Planungsszenarien oder eine Validierung der in Deutschland etablierten Planungszieldefinitionen nicht gelang.

Da im Stadtgebiet ein unterschiedliches Risikopotenzial vorliegt, wird auf Grundlage der aktuellen Fachempfehlungen im Szenario Brandeinsatz entsprechend des Feuerwehrbedarfsplan 2010 weiterhin eine Differenzierung des Planungsziels vorgenommen. Die Planungsziele 1 bis 4 entsprechen denjenigen aus dem Bedarfsplan 2010. Das Planungsziel 1 wird jedoch neben den Landesliegenschaften auch auf die Großobjekte BG Unfallklinik und NWI Campus aufgrund der besonderen Anforderungen ausgeweitet. Das Planungsziel 5 für die Technische Hilfeleistung wird entsprechend aktueller Empfehlungen zur Bedarfsplanung ergänzt.

Planungsgrundlage	1. Eintreffzeit		2. Eintreffzeit		Hinweis
	Zeit [min]	Stärke [Fu.]	Zeit [min]	Summe Stärke [Fu.]	
Planungsziel 1 - Großobjekte	8	10	13	16	Unikliniken, BG Unfallklinik, NWI Campus
Planungsziel 2 - Kritischer Wohnungsbrand B 4	10	10	15	19	-
Planungsziel 3 - Kritischer Wohnungsbrand B 3	10	9	15	18	-
Planungsziel 4 - Kritischer Wohnungsbrand B 2	10	6	15	18	-
Planungsziel 5 - Technische Hilfeleistung	10	6	15	12	Eintreffzeiten beziehen sich auf im Zusammenhang bebaute Ortsteile.

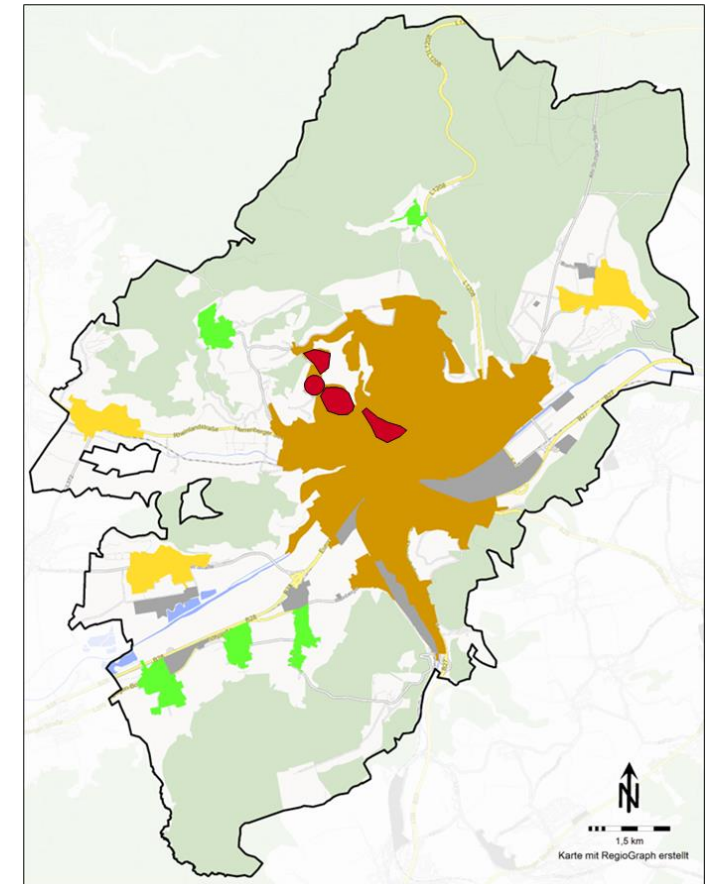


Abb.: Einteilung des Stadtgebiets in Planungsbereiche



Die Einsatzanalyse zeigt eine sehr gute Verfügbarkeit der Feuerwehr. Bei der Detailbetrachtung sind bei nahezu allen relevanten Einsätzen die Anforderungen an Eintreffzeit und -stärke erfüllt worden. Bei einem Großteil der Einsätze, auch im Zeitbereich 2 (Mo.-Fr. nachts und am Wochenende) ohne eine durchgehende Hauptamtliche Besetzung, kann sogar eine Eintreffzeit von 8 Minuten durch das erste Großfahrzeug erreicht werden.

Auch wenn die Planungsziele noch zuverlässig erreicht werden können, haben sich insb. im Zeitbereich 2 bei den relevanten Einsätzen die Eintreffzeiten leicht verlängert. Gleichzeitig ist auch eine sehr hohe Einsatzfrequenz für die Einheit Stadtmitte festzustellen. Die festgestellte leichte Verlängerung der Eintreffzeiten in Verbindung mit weiteren Analysen der Feuerwehr, die zeigen, dass die Einsatzteilnahme der einzelnen Mitglieder rückläufig ist, deuten auf eine Überlastung (bezogen auf die Einsatzfrequenz) der Einheit hin.

Insgesamt zeigt sich aber, dass die Feuerwehr Tübingen als sehr leistungsfähig bezeichnet werden kann. Deshalb gilt es, diese hohe Leistungsfähigkeit auch in Zukunft zu bewahren.

Die größte Herausforderung ist hierbei die derzeit hohe Einsatzbelastung der Einheit Stadtmitte. Die hohe Einbindung der Einheit sowohl bei größeren Einsätzen als auch bei kleineinsätzen ist ein wesentlicher Faktor der Motivation und bei den Mitgliedern der Einheit prinzipiell auch gewünscht. Die leicht negative Entwicklung der Eintreffzeiten in den letzten Jahren und die verringerte Einsatzteilnahme sind aber Anzeichen für eine vorhandene Überlastung, sodass eine Reduktion der Einsatzfrequenz der Einheit Stadtmitte unmittelbar erforderlich ist, um eine weitere Überlastung zu verhindern. Andernfalls kann es dazu kommen, dass zukünftig die Planungsziele nicht mehr eingehalten werden können.

In Abstimmung und Diskussion innerhalb der Projektgruppe sowie der Einheit Stadtmitte soll zur grundsätzlichen Entlastung die hauptamtliche Funktionsbesetzung sowohl im Zeitbereich 1 (Mo.-Fr. tagsüber) als auch Mo.-Fr. nachts ausgebaut werden. Ziel ist eine Entlastung von kleineinsätzen und eine reduzierte Alarmierungsfrequenz während der üblichen Arbeitszeiten (Zeitbereich 1). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die hauptamtliche Funktionsbesetzung nur so hoch wie notwendig angesetzt wird, um weiterhin eine motivierende Einbindung der ehrenamtlichen Kräfte gewährleisten zu können (Einsatzentlastung vs. Besetzung „attraktiver“ Einsatzfunktionen).

Zusätzlich sind weitere Maßnahmen zur Reduktion der Einsatzbelastung auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen, auch damit die erhöhte Funktionsbesetzung der Hauptamtlichen Kräfte wirksam werden kann. Für eine Bewertung der Maßnahmenumsetzung ist eine kontinuierliche Auswertung der Alarmierungsanzahl der Einheit Stadtmitte und der einzelnen Einsatzkräfte erforderlich.



Mit den vorhandenen Standorten der Feuerwehr ist planerisch eine hinreichende Abdeckung des Stadtgebietes innerhalb der definierten Eintreffzeiten möglich. An allen Standorten ist durch die Wohnortschwerpunkte in direkter Umgebung zu den Feuerwehrhäusern ein hohes Kräftepotenzial für kurze Ausrückzeiten vorhanden. Insbesondere im Bereich Stadtmitte ist dies trotz des großen Einzugsbereichs ebenfalls besonders stark ausgeprägt.

Die vorhandene Standortstruktur und die Wohnortverteilung ermöglichen somit die planerische Darstellung der erforderlichen Funktionsstärken. Bei der baulichen Betrachtung der Feuerwehrhäuser zeigen sich an fast allen Standorten teils umfangreiche Handlungsbedarfe, jedoch in unterschiedl. Ausprägung und Dringlichkeit.

STANDORT STADTMITTE

Die Einheit bzw. der Standort Stadtmitte hat für die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr Tübingen eine wesentliche Bedeutung. Die Lage des derzeitigen Standortes ist aufgrund der Wohnortverteilung als optimal anzusehen. Hieraus ergibt sich im Wesentlichen die sehr gute Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Kräfte.

Es bestehen aber umfangreiche bauliche Handlungsbedarfe sowohl für den ehrenamtlichen als auch den hauptamtlichen Bereich (u.a. Stellplätze (Kapazität und Größe), räumliche Optimierung und Sanierung für die FF, Erweiterung der Werkstättenkapazitäten und arbeitsorganisatorische Optimierungen, Lagermöglichkeiten).

Eine Analyse der Stadt Tübingen hat ergeben, dass die Behebung der Mängel im Bestand größtenteils nicht möglich ist. Die bisherigen Umbauarbeiten haben bereits die maximale Kapazität des Gebäudes ausgeschöpft. Deshalb ist eine Machbarkeitsstudie zur Ermittlung der SOLL-Flächenbedarfe für die Hauptamtlichen und Freiwilligen Kräfte Stadtmitte erforderlich. In diesem Zuge ist anschließend zu beurteilen, ob eine Umsetzung durch einen Neubau am IST-Grundstück möglich ist. Sollte dies nicht (vollständig) möglich sein, ist bei einer Verlagerung des Standortes ein besonderes Augenmerk auf die bedarfsplanerischen Aspekte der Freiwilligen Kräfte zu setzen (schnelle Erreichbarkeit von den Wohnorten).

WEITERE BAULICHE HANDLUNGSBEDARFE

Neben dem Standort Stadtmitte bestehen auch an den weiteren Standorten teils umfangreiche bauliche Handlungsbedarfe. Abgesehen von den beiden neu errichteten Feuerwehrhäusern (Lustnau und Pfrondorf) sind an den Standorten folgende Defizite in unterschiedlicher Ausprägung vorhanden:

- Umkleiden in der Fahrzeughalle
- Teilweise zu geringe Abstände in der Fahrzeughalle und zu kleine Tordurchfahren (hierdurch ergeben sich teils potenzielle Unfallgefahren)
- Baulicher Gesamtzustand

→ Es ist somit ein bauliches Sanierungskonzept / Gesamtkonzept für die nächsten Jahre erforderlich.

Auf Basis der derzeitigen baulichen Funktionalität ergibt sich folgende Prioritätenreihenfolge zur Behebung der Defizite (neben den Handlungsbedarfen am Standort Stadtmitte):

- Feuerwehrhaus Bühl
- Feuerwehrhaus Hirschau



Entsprechend der Abstimmungen im Bedarfsplanungsprozess soll die hauptamtliche Funktionsbesetzung zur Einsatzentlastung der Einheit Stadtmitte angepasst werden. Die Ausweitung der hauptamtlichen Besetzung ist somit nicht aufgrund einer „Nicht-Leistungsfähigkeit“ der ehrenamtlichen Kräfte erforderlich, sondern soll die vorhandene, sehr gute Leistungsfähigkeit weiterhin ermöglichen, indem eine Entlastung erfolgt.

Die Grundthese zur Bemessung der hauptamtlichen Funktionen lautet somit weiterhin:

„So viel Ehrenamtlichkeit (Freiwillige Kräfte) wie möglich, so viel Hauptamtlichkeit wie nötig.“

Hintergrund: Die Ehrenamtlichen (Freiwilligen) tragen nach wie vor die Hauptlast im abwehrenden Brandschutz. Ohne motivierte Ehrenamtliche (Freiwillige) geht das nicht. Demotivation (z. B. durch „Zurückdrängen“) würde langfristig die Verfügbarkeit der Freiwilligen senken und somit immer mehr Hauptamtliche erfordern („Spirale der Hauptamtlichkeit“).

Zukünftig sollen somit im Einsatzdienst 9 Funktionen Mo.-Fr. im Zeitraum 7 bis 17 Uhr und 3 Funktionen Montag bis Freitag nachts auf der Feuerwache vorgehalten werden. Während des notwendigen Personal-aufbaus sollen vorübergehend tagsüber weiterhin nur 6 Funktionen besetzt werden (Übergangsmodell).

Daneben ist weiterhin die Besetzung der Leitstelle sowie der Funktion Einsatzleiter vom Dienst (EvD) Montag bis Sonntag rund-um-die-Uhr erforderlich. Zusätzlich wird eine übergeordnete Führungsfunktion in Rufbereitschaft vorgehalten (Kommandant vom Dienst, KvD), um auch bei größeren Einsatzlagen (mehrere Züge) oder bei Paralleleinsätzen zuverlässig entsprechende Führungsqualifikationen stellen zu können.

In einer Abschätzung anhand der Einsatzzahlen der vergangenen Jahre kann durch diese Besetzung die Einsatzfrequenz der Einheit Stadtmitte insgesamt um rund 14 bis 18 % gegenüber dem IST-Zustand reduziert werden (je nach Anpassung der AAO).

Funktionsbesetzungsplan

Führung und Leitstelle

- (1) Fu. Kommandant vom Dienst (KvD)
- 1 Fu. Einsatzleiter vom Dienst (EvD)
- 1 Fu. Leitstelle

Summe = (1) + 2 Funktionen

Grundschutz

- [9] Fu. Tagbesetzung
- {3} Fu. Kleinsätze /
Schlüsselqualifikationen

Summe = [9] + {3} Funktionen

GESAMT = (1) + 2 + [9] + {3} Funktionen

Legende:

- x Funktion Mo.-So. rund-um-die-Uhr
- [x] Funktion Montag bis Freitag tagsüber
- {x} Funktion Montag bis Freitag nachts
- (x) Funktion Tagdienst / nachts und WE Rufbereitschaft



Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte haben hinsichtlich der wesentlichen Qualifikationen (u. a. Atemschutzgeräteträger, Führerscheininhaber, Führungsqualifikationen) einen guten Ausbildungsstand. Im Vergleich zum Bedarfsplan 2010 ist bei den Qualifikationen eine vergleichbare Ausstattung gegeben.

Das Durchschnittsalter liegt, bezogen auf die gesamte Feuerwehr, bei 37 Jahren. Insgesamt ist ein großes Potenzial an jüngeren Kräften vorhanden, das auch durch einen hohen Anteil an Studenten der Universität Tübingen begründet ist. Hierdurch ist insbesondere in der Einheit Stadtmitte aber auch eine erhöhte Fluktuation gegeben. Auswertungen der Feuerwehr zeigen beispielsweise, dass rund die Hälfte der Mitglieder der Einheit Stadtmitte weniger als 6 Jahre der Einheit angehören.

Die Verfügbarkeit der Freiwilligen Kräfte ist Montag bis Freitag tagsüber eingeschränkt. Unter der Zugrundelegung der Arbeitsorte sind rund 64 % nicht verfügbar, da ihr Arbeitsort außerhalb des Stadtgebiets liegt oder sie nicht abkömmlich sind. Hiervon sind 51 Kräfte im Schichtdienst beschäftigt, sodass sie zu gewissen Anteilen auch in diesem Zeitbereich für Einsätze zur Verfügung stehen. Insgesamt sind innerhalb des Stadtgebiets, unter einer anteiligen Hinzurechnung der im Schichtdienst arbeitenden Kräfte, rund 134 Kräfte verfügbar. Dieses Potenzial an verfügbaren Kräften verteilt sich allerdings sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Einheiten. Planerisch besteht nur an den Standorten Stadtmitte, Derendingen und Pfrondorf ein Potenzial von mehr als einer Gruppe.

Um auch in Zukunft eine hinreichende Personalstärke gewährleisten zu können, sind personalfördernde Maßnahmen (z. B. professionelle Werbekampagnen) zum Erhalt des Personalbestandes und zum Erhalt sowie zur Förderung des Ehrenamtes durchzuführen. Insbesondere aufgrund der erhöhten Fluktuation durch Studenten ist eine kontinuierliche Neuanwerbung erforderlich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass heutzutage sowohl professionelle Werbemaßnahmen für eine erfolgreiche Mitgliederwerbung als auch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit erforderlich sind, zum Beispiel über eine Präsenz im Internet bzw. in sozialen Netzwerken. Dafür ist eine adäquate Finanzausstattung erforderlich.

Aufwandsentschädigungen oder Ermäßigungen für ehrenamtliche Kräfte bei öffentlichen Einrichtungen, im ÖPNV oder Sporteinrichtungen können als Anreiz zur Gewinnung ehrenamtlicher Feuerwehrkräfte sowie zur Motivationssteigerung der bereits aktiven Kräfte beitragen. Weitere denkbare Maßnahmen wären die besondere Berücksichtigung der ehrenamtlichen Kräfte bei der Vergabe von Bau- oder Kitaplätzen (Schutz vor Abwanderung) sowie Ermäßigungen bei Steuern und Gebühren (z. B. Grundsteuer, Kita-Gebühren). Aufgrund des knappen Wohnraumangebotes insbesondere im Kernstadtbereich ist die Förderung von Wohnraum für die Freiwilligen Kräfte (insb. in der Nähe der Standorte) ein bedeutender Punkt.

Zur Bindung der aktiven Mitglieder ist die Förderung des Ehrenamtes und dessen Wertschätzung ein wesentlicher Faktor. Dies kann auch durch kleine (subjektive) Maßnahmen erreicht werden. Zur Unterstützung der Beibehaltung der Verfügbarkeit der Kräfte und zur möglichen Umsetzung einer Sitzbereitschaft am Wochenende kann auch die Schaffung von Aufenthaltsanreizen auf der Feuerwache (im Rahmen von baulichen Maßnahmen) geprüft werden.

- Lernmöglichkeiten für Studierende
- „Homeoffice“ auf der Wache
- Kameradschaftliche Aktivitäten

Zur Koordination der Maßnahmen und Nachverfolgung des Erfolgs kann ein Arbeitskreis „Mitgliederwerbung und Förderung Ehrenamt“ etabliert werden.



Derzeit sind insgesamt 34,7 hauptamtliche Stellen bzw. Vollzeitäquivalente (VZÄ) im hauptamtlichen Bereich eingerichtet (Stand: 26.05.2023).

Der Personalbedarf einer Feuerwehr resultiert aus zwei Bereichen:

- die Anforderungen / Aufgaben in Bezug auf den Einsatzdienst (Funktionsbesetzung) sowie
- die Aufgaben im „rückwärtigen Bereich“ (z. B. Sachgebietsarbeit im Vorbeugenden Brandschutz, Werkstättenarbeit).

PERSONALBEDARF EINSATZDIENST

Zur Ermittlung des Personalbedarfs im Einsatzdienst, der im Wesentlichen aus der Funktionsbesetzung resultiert, wurden die personalwirtschaftlichen Parameter der Kalenderjahre 2018, 2019 und 2022 analysiert. Die Abwesenheiten wurden um planerische Werte, welche nicht ausgewertet werden konnten, ergänzt bzw. durch diese ersetzt (z. B. „Erholungsurlaub“ oder „Feiertagsausgleich“). Insgesamt ergibt sich damit eine mittlere Anwesenheit eines Mitarbeiters im Einsatzdienst von rund 35,1 Wochen pro Jahr.

Auf Basis der SOLL-Besetzung und der neu ermittelten personalwirtschaftlichen Parameter entsteht ein gerundeter Personalbedarf im Einsatzdienst von 28,0 VZÄ. Dieser Personalbedarf entspricht einem Mehrbedarf von 7,0 VZÄ gegenüber dem Stellenplan 2023.

Zur Umsetzung der Führungsfunktionen EvD (rund-um-die-Uhr ab Wache) und KvD (in Rufbereitschaft) sind insgesamt 11 VZÄ im gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst zzgl. 1 VZÄ gD/hD Leiter der Feuerwehr erforderlich, die Mischdienst leisten. Hierdurch kann eine angemessene Verteilung der Einsatzdienstanteile auf die Mitarbeiter erfolgen und gleichzeitig eine entsprechende Arbeitsleistung für die rückwärtige Sachgebietsarbeit gewährleistet werden.

RÜCKWÄRTIGER PERSONALBEDARF

In den Werkstätten werden neben den Arbeiten für die Feuerwehr Tübingen auch umfangreiche Arbeiten für den Landkreis Tübingen gegen entsprechende Vergütung erledigt. Die Personalbedarfe werden anhand einer semi-analytische Bemessung sowie Aufwandsabschätzungen ermittelt. Für die Hauptarbeitsbereiche kann ein Arbeitsaufwand von rund 11.500 Stunden abgeschätzt werden. Auf Basis der effektiven Leistungszeit der Mitarbeiter im Einsatzdienst des mittleren Dienstes, die die Werkstätten besetzten, besteht mit der IST-Besetzung ein deutliches Defizit. Mit der SOLL-Besetzung von 9 Funktionen tagsüber ist der notwendige Arbeitsumfang durch die verfügbare Leistungszeit abgedeckt.

Da für rückwärtige Bereiche bzw. die Sachgebietsarbeit außerhalb der Werkstätten keine Dokumentation von Fallzahlen vorliegt, kann der Arbeitsaufwand nicht konkret ermittelt werden. Es erfolgt ein Abgleich, ob das zur Besetzung des Einsatzdienstes erforderliche Personal (insb. im gehobenen Dienst) zur Bewältigung der Aufgaben im Quervergleich zu anderen Feuerwehren hinreichend ist. Auf Basis des zur Besetzung der Einsatzfunktionen notwendigen Personals stehen mit der SOLL-Ausstattung im gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst insgesamt rund 13.400 Stunden für die rückwärtige Arbeitsleistung bzw. Sachgebietsarbeit zur Verfügung. Im Quervergleich zu anderen Feuerwehren ähnlicher Größe und mit ähnlichem Aufgabenumfang stellt dies eine hinreichende Ausstattung dar.



Aus den Betrachtungen für den Einsatzdienst und die rückwärtigen Tätigkeiten entsteht somit langfristig folgender Personalbedarf für die Hauptamtlichen Kräfte der Feuerwehr Tübingen:

- 12,0 VZÄ höherer/gehobener feuerwehrtechnischer Dienst
- 29,0 VZÄ mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst (davon 28 VZÄ im Einsatzdienst)
- 1,7 VZÄ nicht-feuerwehrtechnisch

Dies entspricht einem Mehrbedarf von 7 VZÄ mD und 1 VZÄ gD gegenüber dem Stellenplan 2023.

Da der Personalmehrbedarf durch notwendige Ausbildungen und die Integration in den Wachalltag nicht im Gesamten erfolgen kann, wird ein Stufenkonzept vorgesehen.

- Umsetzungsstufe 1: + 3,0 VZÄ
 - In der Umsetzungsstufe 1 soll im Einsatzdienst das Übergangsmodell mit einer Besetzung von 6 Funktionen Mo.-Fr. 7-17 Uhr und 3 Funktionen Mo.-Fr. nachts umgesetzt werden. Hierdurch kann bereits eine relevante Entlastung der Ehrenamtlichen Kräfte durch Kleineinsätze nachts erfolgen.
 - Da hierdurch aber weiterhin ein erhebliches Defizit in der verfügbaren Leistungszeit für die Werkstättenarbeit besteht, soll dieses durch einen nicht-feuerwehrtechnischen Beschäftigten kompensiert werden. Die MitarbeiterEinstellung ist hierfür erfahrungsgemäß einfacher bzw. schneller als für feuerwehrtechnische Mitarbeiter und durch die tägliche Anwesenheit in den Werkstätten kann hier zudem eine erhöhte Effizienz erzielt werden. (Bei der Umsetzung der Stufe 2 würde diese Stelle wieder entfallen, da dann das Potenzial aus dem Einsatzdienst für die Werkstättenarbeit hinreichend ist. Ggf. könnte der Beschäftigte dieser Stelle durch die Überführung in den feuerwehrtechnischen Dienst (nach entsprechender Ausbildung) weiter beschäftigt werden.)
- Umsetzungsstufe 2: + 5,0 VZÄ
 - In Stufe 2 soll der vollumfängliche Personalbedarf zur Umsetzung des SOLL-Modells umgesetzt werden.



1	Zusammenfassung	2
2	Maßnahmenübersicht	13
3	Abkürzungen und Definitionen	19



Festgestellte Handlungsbedarfe an den Standorten, die eine direkte Gefährdung der Einsatzkräfte zur Folge haben, sind unmittelbar zu beheben.

Die weiteren Maßnahmen wurden hinsichtlich der Priorität und Umsetzbarkeit bewertet und in eine Maßnahmenliste überführt.

Die weiteren Standorte mit Handlungsbedarfen sind nach Abschluss eventueller „Prüfaufträge“, jedoch spätestens im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans zu behandeln.

An allen Standorten sind grundsätzliche regelmäßige Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen Bauunterhaltung erforderlich.

Standort/Einheit	Maßnahme
Stadtmitte	Durchführung einer Machbarkeitsstudie
Übergreifend	Erstellung eines baulichen Sanierungskonzeptes / Gesamtkonzeptes
Bühl	Maßnahmen zur Behebung der funktionalen und baulichen Defizite (Neu-, An- oder Umbau)
Hirschau	Maßnahmen zur Behebung der funktionalen und baulichen Defizite (Neu-, An- oder Umbau)
Übungshalle	Einrichtung einer Übungshalle mit zusätzlichen Lagermöglichkeiten



Folgende Maßnahmen sind im Bereich der freiwilligen Kräfte umzusetzen:

Maßnahme
Umsetzung einer stadtweiten Mitgliederwerbung
Prüfung von attraktivitätssteigernden Maßnahmen bzw. Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamts
Etablierung eines Arbeitskreises "Mitgliederwerbung und Förderung Ehrenamt"
Prüfung der Schaffung von Aufenthaltsanreizen auf der Feuerwache (im Rahmen von baulichen Maßnahmen)



Folgende Maßnahmen sind im Bereich der hauptamtlichen Kräfte umzusetzen:

Maßnahme		Personalbedarf
Stufe 1	Anpassung der hauptamtlichen Funktionsbesetzung auf das Übergangsmodell 6 Fu. Mo.-Fr. tagsüber + 3 Fu. Mo.-Fr. nachts	+ 2,0 VZÄ mD
	Schaffung einer nicht-feuerwehrtechnischen Stelle zur Unterstützung in der Werkstättenarbeit	+ 1,0 VZÄ nfwf
Stufe 2	Anpassung der hauptamtlichen Funktionsbesetzung auf das SOLL-Modell 9 Fu. Mo.-Fr. tagsüber + 3 Fu. Mo.-Fr. nachts	+ 5,0 VZÄ mD - 1,0 VZÄ nfwf
	Anpassung der Personalausstattung zur Besetzung der Führungsdienste	+ 1,0 VZÄ gD
Anpassung der Aufbauorganisation		
Prüfung der Beschäftigung eines oder mehrerer Beschäftigter im Freiwilligen Sozialen Jahr oder von Bundesfreiwilligen		



Folgende Maßnahmen sind im Bereich der Fahrzeuge umzusetzen (Basis: 5 Jahre Laufzeit des Feuerwehrbedarfsplans):

Standort/Einheit	Maßnahme
Hauptamtliche Kräfte	Ersatzbeschaffung von 2 KdoW
Stadtmitte	Ersatzbeschaffung eines ELW
	Ersatzbeschaffung von 2 MTW
	Ersatzbeschaffung eines LF 20
	Ersatzbeschaffung einer DLK 23/12 (bereits in Umsetzung)
Hagelloch	Ersatzbeschaffung eines LF 10
	Ersatzbeschaffung eines MTW
Hirschau	Ersatzbeschaffung eines MTW
Kilchberg	Ersatzbeschaffung eines LF 10
Pfrondorf	Ersatzbeschaffung eines LF 10
Weilheim	Beschaffung eines MTW (in Abhängigkeit der Verlagerung des AB)



Folgende Maßnahmen sind im Bereich der Organisation umzusetzen:

Maßnahme
Regelmäßiges Einsatzcontrolling (in Bezug auf die Erfüllung der Planungsziele)
Anpassung der Alarm- und Ausrückeordnung in Abhängigkeit der hauptamtlichen Funktionsbesetzung zur Reduktion der Einsatzbelastung der Einheit Stadtmitte (z. B. auch weitere risikoabhängige Betrachtung BMA)
Prüfung differenzierterer Alarmierungsmöglichkeiten (digital mit Einsatzstichwort und ggf. Rückmeldefunktion, verbesserte Aufteilung der Alarmierungsgruppen)
Prüfung einer Sitzbereitschaft am Wochenende tagsüber durch freiwillige Kräfte (Übernahme von Kleineinsätzen)
kontinuierliche Auswertung der Alarmierungsanzahl der Einheit Stadtmitte und der einzelnen Einsatzkräfte



1	Zusammenfassung	2
2	Maßnahmenübersicht	13
3	Abkürzungen und Definitionen	19



ABKÜRZUNG

ERLÄUTERUNG

AAO	Alarm- und Ausrückeordnung
AB	Abrollbehälter für Wechselladerfahrzeug
BG	Berufsgenossenschaft
BMA	Brandmeldeanlage
DL/DLK	Drehleiter/Drehleiter mit (Rettungs-) Korb
Eintreffzeit	Zeit von der Alarmierung der Feuerwehr bis zum Eintreffen an der Einsatzstelle
ELW	Einsatzleitwagen
EvD	Einsatzleiter vom Dienst
FF	Freiwillige Feuerwehr
Funktion(en) / Fu	Eine Funktion bedeutet, dass eine qualifizierte Einsatzkraft im Einsatz benötigt wird.
FwG	Feuerwehrgesetz
gD	gehobener (feuerwehrtechnischer) Dienst
hD	höherer (feuerwehrtechnischer) Dienst
KdoW	Kommandowagen
KvD	Kommandant vom Dienst
LF	Löschgruppenfahrzeug
mD	mittlerer (feuerwehrtechnischer) Dienst
MTF / MTW	Mannschaftstransportfahrzeug/Mannschaftstransportwagen
nfwT	nicht-feuerwehrtechnischer Dienst
NWI	Naturwissenschaftliches Institut
VZÄ	Vollzeitäquivalent [Maßeinheit für fiktive Anzahl Vollzeitbeschäftigter bei gegebener Wochenarbeitszeit / standardisierte Vergleichsgröße]
WE	Wochenende
WLF	Wechselladerfahrzeug für Abrollbehälter
Zeitbereich 1	Zeitbereich Montag bis Freitag tagsüber
Zeitbereich 2	Zeitbereich Montag bis Freitag nachts + Samstag + Sonntag + Feiertage



Stadt Tübingen

Am Markt 1
72070 Tübingen

Lülf+ Sicherheitsberatung GmbH

Bismarckstr. 29
41747 Viersen

Tel: 02162-43 69 4 0
Fax: 02162-43 69 4 99

E-Mail: info@luelf-plus.de
Internet: www.luelf-plus.de